



# *fridolin*

Nummer 66 – Jänner 1993



„ENTVÖLKERN STATT UMWOLKEN !!“

*die zeitschrift für umvolkende InformatikerInnen*

# Inhalt

- 3 Neuigkeiten
- 4 Radio im Widerstand
- 6 EINE TOLERANZRALLYE IN 12 ETAPPEN  
(Der Rechts-Weg ist leider nicht ausgeschlossen)
- 8 Rechte Perspektive – von links betrachtet
- 10 Der Grüne Punkt
- 12 Warnung!
- 13 Leserbrief
- 15 Trauriges Ereignis

## Impressum

### Medieninhaber und Verleger:

Verein der InformatikstudentInnen  
c/o Fachschaft Informatik,  
TU Wien

### Herausgeber:

Fachschaft Informatik, TU Wien

### Redaktion:

fridolin-Team

### Layout:

Guy und Joe

### alle:

Treitlstraße 3, 1040 Wien,  
Tel.: 58801/8118, 8119

### Hersteller:

HTU-Wirtschaftsbetriebe  
Ges.m.b.H.,  
Wiedner Hauptstraße 8–10, 1040  
Wien

### Herstellungsort:

Wien  
Verlagspostamt:  
1040 Wien, P.b.b.

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge sowie Leserbriefe geben  
nicht notwendigerweise die Mei-  
nung der Redaktion wieder.  
Nachdruck mit Quellenangabe  
erlaubt.

## Offenlegung

### Medieninhaber:

Verein der InformatikstudentInnen  
c/o Fachschaft Informatik, TU  
Wien  
Treitlstraße 3, 1040 Wien,  
Tel.: 58801/8118, 8119

### Vorstand

Klaus Rapf  
Wolfgang Rupp  
Markus Hasleder

### grundlegende Richtung

Der fridolin ist das Organ der  
Fachschaft Informatik und nimmt  
somit das allgemeinpoltische  
Mandat der Fachschaft wahr.

# Probleme mit der Kranken- versicherung ?

Die Probleme mit der Krankenversicherung laufen weiter! (Beitragshöhe, Studentenermäßigung, Versicherung verweigert – auch das ist vorgekommen!)

**Beratung dazu in der  
Fachschaft Informatik**

**Montag und Donnerstag  
10-12 Uhr**

Alle, bei denen sich die Probleme mit der Krankenkasse verlängert haben, bitte Kontakt aufnehmen (58801/8119), Harald verlangen.

## Datenbanken – Gastvorlesung SS 93

**Blocklehrveranstaltungen von  
Gastprofessor Heikki Mannila,  
Finnland**

Im Sommersemester 1993 wird Professor Heikki Mannila (Universität Helsinki, Department of Computer Science) als Gastprofessor an der TU Wien weilen. Prof. Mannila ist Spezialist auf dem Gebiet der Datenbanksysteme und hat sich insbesondere mit den Fragen des Designs und Entwurfs relationaler Datenbanken beschäftigt (Buch „The Design of Relational Databases“, von H. Mannila & K. Rähä, Addison Wesley, 1992). Im Rahmen seiner Lehrtätigkeit wird Prof. Mannila folgende Veranstaltungen in Blockform, Zeitraum Mitte März bis ca. Mitte Mai, abhalten:

181.709 Selected Topics in Database Systems (VO 2h):

Thema: *Object-Oriented Database Systems* (Data Model, Query Languages, Implementation)  
(Anrechenbar für Wahlfächer Kommerzielle Anwendungen, Systemsoftware)

181.710 Knowledge Discovery in Database Systems (VO 2h)  
Thema: *Inferring knowledge from databases, Reverse Engineering, Deferred Machine Learning*  
(Anrechenbar für Wahlfächer Kommerzielle Anwendungen, Systemsoftware, Artificial Intelligence)

181.720 Seminar aus Datenbanken (SE 2h):

Thema: Steht noch nicht genau fest, jedenfalls aus dem Gebiet der Theorie der Daten- und Wissensbanken. (Anrechenbar für die Wahlfächer Systemsoftware, Artificial Intelligence, Theoretische Informatik). Wahlweise wird diese Lehrveranstaltung auch als Seminar aus Informatik (Pflichtfach des Studiums Informatik) angerechnet.

Vorbesprechung für alle Veranstaltungen:

16. März, 10:30h, Seminarraum d. Instituts für Informationssysteme  
Abteilung für Datenbank- und Expertensysteme (SEM 181A, Paniglgasse 16, 1.Stock)

## Neuigkeiten aus der Studienkommission

In den letzten zwei Sitzungen der Studienkommission hat es einige Neuigkeiten gegeben, die wir hier kurz zusammenfassen wollen.

- Es wurde ein neuer Vorsitz gewählt. Vorsitzender ist für die Periode 1993/94 und 1994/95 Professor Herbert Grünbacher. Stellvertreterin ist die jetzige Vorsitzende Dr. Edeltraud Egger.

- Prof. Schildt hat um Zulassungsbestimmungen für Prozessautomatisierung angesucht.

Diese sollen in der Absolvierung der Lehrveranstaltungen (ist Übung und Vorlesung) von Mathematik 1 bis 3, bzw. den äquivalenten Lehrveranstaltungen im neuen Studienplan, bestehen. Die Vorsitzende wird eine Rechtsauskunft einholen, ob dies gesetzlich möglich ist. Bis dahin

wurde der Tagesordnungspunkt vertagt.

- Die Studienkommission wird Richtlinien für Praktika herausgegeben.

In diesem Zusammenhang werden auch Richtlinien für Industriepraktika entstehen. Wie diese genau ausschauen ist noch nicht sicher. Wenn ihr jedoch vorhabt ein Industriepraktikum zu machen, dann kümmert euch zu Beginn um einen Betreuer und versucht nicht erst mitten drinnen oder nach Beendigung der Arbeit diese als Praktikum anrechnen zu lassen. Letzteres wird nicht mehr möglich sein.

- Ab dem Sommersemester 1993 wird der komplette neue Studienplan hochgefahren.

Das bedeutet, daß ihr auch problemlos in höhere Semester umsteigen könnt (z.B. gleich in den zweiten Abschnitt).

- Noch einmal zu Erinnerung: §6

Im neuen Technikgesetz ist ein Stundentausch von maximal sechs Stunden aus dem Pflichtteil im zweiten Studienabschnitt möglich (§6). Die Studienkommission wird dem Austausch von beliebigen sechs Stunden gegen beliebige sechs Stunden aus dem Informatik-Studienplan (sowohl Pflicht- als auch Wahllehrveranstaltungen) problemlos zustimmen. Wenn ihr aus einem anderen Studienplan etwas reintauschen wollt, dann müßt ihr einen Antrag abgeben, über den dann im einzelnen entschieden werden wird.

- Abschließend noch eine Ankündigung unsererseits.

Ab den 9. März 1993 wird es jeden Dienstag von 10.00 bis 12.00 Uhr in der Fachschaft Sprechstunden zum Thema Studienplan, Studienkommission, ...u.ä. geben.

fachschaft informatik

# Radio im Widerstand

Mit der Druckerpresse begann sich das Flugblatt als Meinungs-multiplikator über Jahrhunderte zu etablieren. Auf die regelmäßig erscheinenden Zeitungen nahm der Monarch Einfluß. Er wußte um die verbreitete Wirkung eines Druckwerkes. Doch Flugblätter blieben ein Medium für unzensurierte Mitteilungen. Die Weiterentwicklung des Telegraphen zum Rundfunk ließ wieder ein neues Medium entstehen. Mit diesem wurde in ähnlicher Weise umgegangen, wie mit den Gedruckten. In Deutschland wurden die privaten Gründer von Radiosendern schon nach kurzer Zeit von den Bundesländern aufgekauft. In Österreich wurde am 19. Februar 1924 die Konzession an die RAVAG (Radio Verkehrs AG) vergeben. Inhaber dieser Gesellschaft waren österreichische Banken und Schwachstromfirmen. Die Sozialisten gründeten daraufhin den Freien Radiobund, um Aufnahme in die RAVAG zu finden. Doch schon am 18. Juni 1924 wird das neue Telephongesetz erlassen, das die Betreibung und Errichtung von Sendeanlagen "drahtloser Privattelegraphen" zur Bundessache macht. Die Strafparagrafen sind bis heute in Kraft, nur zu "schwerem Arrest" kann heute niemand mehr verurteilt werden.

Auf der einen Seite gab es in Österreich nun die RAVAG, die das Monopol besaß, auf der anderen aber den Freien Radiobund (ARABÖ) mit etwa 4000 Mitgliedern, die auch einen Platz im Äther beanspruchten. In der Schweiz, Holland und Dänzig bildeten sich ebenfalls Arbeiter-Radiovereine. In Wien war auch ein jüdischer Radiobund aktiv. Die Empfangsgeräte waren teuer, aber viele Bastler versuchten, immer billigere Empfangsgeräte und auch Sender herzustellen. Das RAVAG Monopol erlaubte ihnen nur wenigen den Zugang zu diesem neuen Medium. Um die Sozialistische Parteiführung zu beruhigen, wurde 1928 die "Stunde der Arbeiterkammer" eingeführt. Vergleichbar damit ist die Sendung "Heimat schöne Heimat" im

ORF-Fernsehen. Schutzbund und ARABÖ bauten zu dieser Zeit schon ein Sendernetz über ganz Österreich auf. Über Radio wurden verschiedene Aktionen koordiniert, und auch Kontakt mit Genossen im Ausland aufgenommen. Dasselbe taten das Militär und die Heimwehr. Sie aber wurden weder verfolgt, noch von der RAVAG gestört. Offensichtlich wurde mit zweierlei Maß gemessen.

## *Allein in Österreich wurden 12 Menschen wegen Schwarzabhören hingerichtet*

Die Kommunisten, die innerhalb des ARABÖ in Opposition zu den der RAVAG gegenüber konzessionswilligen Parteifunktionären waren, erkannten früh das Radio als Propagandamittel. Sie veranstalteten Abhörabende zu RAVAG-Programmen und allen empfangbaren Wellen und konnten so viele HörerInnen einbinden. Einen Tag vor der Landtagswahl 1932 schalteten sich die Kommunisten in das RAVAG Programm ein, und riefen zur Wahl der kommunistischen KandidatInnen auf. Die AZ bringt am 3. April 1933 genaueste Anleitungen zur Erzeugung von Störgeräuschen, um gegen das immer nationalistischer werdende Programm der RAVAG vorzugehen. Im Mai 1933 kommt es zu über 10.000 RAVAG-Abonnementkündigungen. Im Sommer wird die Kommunistische Partei einschließlich aller Organisationen und Zeitschriften verboten. Im Oktober wird über die AZ ein Kollportageverbot verhängt. Während den Kämpfen im Februar 1934 setzten die Schutzbündler ihre insgesamt 16 Sender nicht ein, sie vertrauten auf ein gut ausgebautes Botennetz. Die Regierung aber bediente sich der RAVAG, um zur Aufgabe aufzurufen.

Die deutsche NS-Regierung arbeitete sukzessive an einem Radiopropagandakonzzept. Mit Volksempfängern, die nur die deutschen Programme empfangen konnten, schuf sich die Regie-

rung die nötige Breitenwirkung. Parallel dazu wurde das Abhören von Auslandssendern verboten. In Österreich war das schon Mitte der dreißiger Jahre der Fall. Trotzdem organisierten sich viele Abhörergemeinschaften. Die so empfangenen Nachrichten wurden oft mit Flugzetteln weiterverteilt. Allein in Österreich wurden 12 Menschen wegen Schwarzabhören hingerichtet. Die Partisanen haben nicht nur Auslandssender gehört, um an richtige Informationen zu kommen, sondern auch selbst gesendet, wie in Bad Aussee, Donawitz und Kärnten. Bis auf diese Ausnahmen, konnte das Medium Radio in der NS-Regierungsperiode nur passiv verwendet werden. Und das geschah auch in großem Maße. Auch die Häftlinge der Konzentrationslager bauten Empfänger. So konnten sie erfahren, was "draußen" wirklich passiert. Im Konzentrationslager Buchenwald bauten die Häftlinge sogar einen Sender, mit dem sie im April 1945 amerikanische Truppen um Hilfe riefen. Als diese über Funk den Empfang bestätigten, und Hilfe versprachen, wagten die Häftlinge den Aufstand und befreiten das Lager selbst.

Zu Beginn der Zweiten Republik war der Widerstand gegen ein neues Radiomonopol nicht mehr so groß, wie 30 Jahr zuvor. Es bekamen alle Parlamentsparteien Zugriff auf den ORF. Von einem demokratischen Medium kann erst dann gesprochen werden, wenn alle Teile der Gesellschaft Zugang bekommen, und in Eigenverantwortlichkeit Programm machen. Der ORF hat hingegen den Auftrag, selber zu berichten. Somit kommen wieder nicht die Betroffenen zu Wort, sondern meist die "wichtigen Persönlichkeiten". Die Journalisten entscheiden, was gebracht werden soll und was nicht. Immer wieder hat der ORF gezeigt, daß er dazu neigt, sich regierungstreu zu verhalten, egal welche Regierung an der Macht ist. Die unfaire Berichterstattung 1987 über den StudentInnenstreik ließ wieder vermehrt Piratenra-

diointiativen entstehen. Am 27.11.1987 artikuliert "Radio Sprint" auf 100,7 MHz die medienpolitische Forderung: "Wir fordern die sofortige Freistellung von Frequenzen für werbefreie, nicht-kommerzielle Radiostationen im lokalen Bereich."

1989 unterstützen StudentInnen aus Ljubljana eine Funkprojekt in Kärnten. Die Einstandssendung wurde ein kritisches Forum zur Landtagswahl, Sprachteilung in Kärnten und zur Kulturpolitik. Die Behörden peilten den Sender, und fanden ihn einige Meter hinter der italienischen Grenze. Daraufhin intervenierte Außenminister Alois Mock bei der italienischen Regierung. Der Schutz des Bundesgebietes vor einstrahlenden Sendern schien ihm eine wichtige Aufgabe.

Das erinnert an die dreißiger Jahre. Der ORF hat es auch immer wieder verstanden, Radios im Grenzbereich durch eigene Programme zu überstrahlen. Die "Verantwortlichen" muten der österreichischen Bevölkerung nicht zu, ausländische Radios zu hören. Sie wollen uns vor "schlechten" Programmen schützen.

Im Jahr 1992 scheint es wenig zu geben, wogegen sich Widerstand formieren soll. Oft wird von einem freien, demokratischen Österreich geredet. Die Öffentlichkeit bekommt kaum Chancen, verschiedene Meinungen zu hören, denn die Medienkonzentration in diesem Land ist unbeschreiblich hoch. Viele Menschen sind der Überzeugung, daß Meinungsvielfalt nur durch Medienvielfalt garantiert werden kann. Der Krieg in Jugoslawien wurde erst durch Medieneinflußnahme und Zensur ermöglicht. Die Stimmen der Vernunft und der Versöhnung wurden von den beteiligten Regierungen mit Verboten belegt. Die österreichischen Medien, allen voran der ORF, boten keine ernsthaften Diskussionen zur Anerkennung Kroatiens und der österreichischen Außenpolitik. Reichweiten von 40% (Kronen Zeitung, Ö3, Ö2) sind das alarmierende Zeichen für eine einfältige Medienlandschaft. Wer auch immer auf diese Medien Einfluß nehmen kann, dessen Meinung wird zur Volksmeinung. Gegen solche zentralistischen Medienlandschaften arbeitet unter anderem die

F.E.R.L. (Föderation der freien Radios in Europa). In Frankreich ist es ihr mit anderen gelungen, eine Drittelung der Radiofrequenzen zu erreichen. Ein Drittel wird den staatlichen, ein Drittel den privaten kommerziellen und ein Drittel den nichtkommerziellen Radios zur Verfügung gestellt. Zirkula ein Prozent der Werbeeinnahmen speisen einen Fonds, aus dem die nichtkommerziellen Lokalradios Subventionen erhalten. In Österreich erstellte die pressure group freie radios einen Privatradiogesetzesentwurf.

**A**nfang 1993 soll es private Radios geben. Die Aussagen der Medienpolitiker lassen befürchten, daß private kommerzielle Sender bevorzugt werden. Lokalradios, die nach internationalen Erfahrungen die wirkliche Meinungsvielfalt darstellen, werden vielleicht nicht berücksichtigt. Die Fantasie der Medienpolitiker scheint begrenzt, wie ihr Wille, den Großen etwas wegzunehmen und es den Kleinen zu geben. Gerade in Österreich hat sich am Printsektor gezeigt, wie wichtig eine Umverteilung ist.

89



# EINE TOLERANZRALLYE IN 12 ETAPPEN

*(Der Rechts-Weg ist leider nicht ausgeschlossen)*

Wir haben uns die 12 Punkte des  
FPÖ-Volksbegehrens vorgenommen  
und folgendes Rätsel daraus gemacht:

## HUST DO IT

1. „Die Verfassungsbestimmung „Österreich ist kein Einwanderungsland“ hat als Staatszielbestimmung eine erhöhte Bestandskraft“

Das erste Lösungswort unserer Toleranzrallye (-schnitteljagd?) erhältst Du, wenn Du folgende Frage beantworten kannst: Wie heißt die Rate, die so gering ist, daß Österreich über kurz oder lang eine „völk\*ert sein wird, sofern keine Zuwanderung erfolgt?

|   |   |   |   |  |  |  |  |  |  |
|---|---|---|---|--|--|--|--|--|--|
|   |   |   |   |  |  |  |  |  |  |
| R | A | T | E |  |  |  |  |  |  |

2. „In Wien leben cirka 100.000 Ausländer illegal, also ungesetzlich.“

Nachdem uns jetzt erklärt wurde, was illegal bedeutet, lesen wir voll Begierde den nächsten Satz des treffenden Elaborates.

*„Mit der Illegalität Hand in Hand  
geben Schwarzarbeit, Schwarzwoh-  
nen und im schlimmsten Fall das  
Abrutschen in die Kriminalität.“*

Dies ist leider richtig, wenn wir auch darüber verwundert sind, daß erst das „Abrutschen aus der Illegalität“ zur Kriminalität führt. Betrachten wir uns nun die vorgeschlagene Lösung:

„Nur durch einen Zuwanderungsstopp können weitere soziale Konflikte zwischen In- und Ausländern verhindert werden.“ Eine hoffnungsspendende Behauptung, die leider mit keinem Wort begründet wird.

Nun unsere Frage: Welcher Gruppe von Einwanderern würde durch einen radikalen Zuwanderungsstopp wohl schneller anwachsen?

- ILL **E** GALE EINWANDERER
  - LEG **A** LE EINWANDERER
3. „Ausweisungspflicht für ausländische Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, wobei aus diesem Ausweis die Arbeitsgenehmigung und die Anmeldung zur Krankenversicherung hervorzugehen hat.“

Als Begründung wird angegeben, daß die Kontrollen mit den jetzigen Mitteln nicht wirkungsvoll durchgeführt werden könnten. Seltsam, daß die Proponenten des Volksbegehrens den Kontrollorganen scheinbar nicht zutrauen, die notwendigen Unterlagen in den Büros der Arbeitgeber zu finden. Seltsam auch, daß die (bestehende) generelle Ausweisungspflicht für jedermann nicht ausreichen soll. Diese zusätzliche Bestimmung für ausländische Arbeitnehmer erinnert uns daran, daß schon einmal einer Bevölkerungsgruppe das Tragen einer sichtbaren Kennzeichnung angeordnet wurde.

Welche Farbe hatte dieser Stern?

|  |  |  |  |
|--|--|--|--|
|  |  |  |  |
|--|--|--|--|

4. „Aufstocken der Exekutive (Fremdenpolizei, Kriminalpolizei), sowie deren bessere Bezahlung und Ausstattung zur Erfassung der illegalen Ausländer und zur wirkungsvollen Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere des organisierten Verbrechens.“

In diesem prägnanten Absatz wird uns suggeriert, daß alle illegalen Ausländer einen tiefen Hang zur Kriminalität verspüren, und ihre abstrusen

Neigungen nur dadurch befriedigen können, daß sie sich in verbrecherischen Banden zusammenrotten.

Wie heißt jenes international geächtete gemeingefährliche Syndikat, das für organisiertes Verbrechen berüchtigt ist?

- V **A**TIKAN
- M **A**FIA
- F **P**Ö

5. „Sofortige Schaffung eines ständigen Grenzschutzes (Zoll, Gendarmerie) statt Bundesbeereinsatzes. Der Assistenzeinsatz des Bundesbeeres wurde mittlerweile zur Dauereinrichtung. Die Schaffung einer eigenen Grenzschutztruppe, die aus Gendarmerie und Zollwachbeamten ist daher unbedingt notwendig.“

Da es anscheinend erforderlich ist, daß mit dieser Aufgabe hoffnungslos überforderte Bundesheer zu entlasten, erscheint es uns sinnvoller und personalsparender Österreich mit einem anti-kriminaltouristischen Schutzwall zu umgeben.

Aus welchem nicht mehr existierenden deutschsprachigen Staat könnte der Innenminister hierfür Spezialisten rekrutieren und Installationen acquieren?

6. „Entspannung der Schulsituation durch Begrenzung des Anteils von Schülern mit fremder Muttersprache [...] Für die Sozialisten, die, wie etwa Unterrichtsminister Scholten, nach wie vor die Idee der multikulturellen Gesellschaft vertreten, ist unsere kulturelle Identität praktisch wertlos, ja sogar politisch bedenklich.“

Kulturelle Identität beruhigt, wenn man rechtzeitig drauf schaut, daß man's hat wenn man's braucht.

Und überhaupt! Wo kommen wir denn da hin, wenn der Zillertaler Hochzeitsmarsch, eine Säule der österreichischen Musikkultur vielleicht von einer polnischen Bongo-Band interpretiert und der arme Karl Moik die Namen der Interpreten gar nicht mehr aussprechen kann? In welcher, vor kultureller Identität strotzenden Sendung tritt dieser beliebte Entertainer auf?

- SEITENBLICKE
- MUSIKANTENSTADT
- AM DAM DES

7. „In Vorbereitungsklassen soll den schulpflichtigen Kindern fremder Muttersprache Kenntnisse der deutschen Sprache vermittelt werden, die eine Teilnahme am Unterricht in Regelschulklassen ermöglicht.“

Auch ein blaues Huhn findet einmal ein Korn. Nur, - bei einem völligen Einwanderungsstopp (s. Punkt 2) -, woher kommen die Kinder ohne Deutschkenntnisse?

- MEIDLING
- LUSTENAU
- BÄRENTAL

8. „Kein Ausländerwahlrecht bei den allgemeinen Wahlen. In einer demokratischen Gesellschaft stellt das Wahlrecht eines der wichtigsten Bürgerrechte dar. Es soll daher in Österreich von jenen ausgeübt werden, die sich mit unserer Gesellschaft und mit unserem Staat identifizieren (...)“

Es erstaunt uns zu hören, daß der Besitz der Staatsbürgerschaft dazu führen soll, sich mit einer Gesellschaft zu identifizieren. Übrigens, welche wichtige historische Persönlichkeit prägte den Satz:

„Österreich ist eine ideologische Mißgeburt!“

- MARJA THERESIA
- ANDRIAS HOFER
- JOSEF HAIDER

9. „Keine vorzeitige Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft. Nach 10 Jahren ordentlichen Aufenthalts in Österreich kann grundsätzlich die Staatsbürgerschaft verliehen werden (...). Namhafte SPÖ und ÖVP-Politiker fordern sogar eine generelle Verkürzung der Wartezeit auf 4 Jahre.“ - Welch Leichtsinns der Großparteien!

Weiß der Ausländer doch erst nach 10-jährigem intensiven Kontakt mit der politischen Kultur Österreichs worauf er sich einläßt.

Welche Emotionen könnten die derzeitigen politischen Entwicklungen bei ausländischen Mitbürgern auslösen?

- FREIZEIT
- HEIMAT
- ANGST

10. „Rigoreuse Maßnahmen gegen illegale gewerbliche Tätigkeiten (wie z.B. Ausländervereinen und -Klubs) und gegen Mißbrauch von Sozialleistungen. Vermehrt schließen sich Ausländer in Vereinen und Klubs zusammen.“

Ist es nicht wirklich verwerflich, daß Türken, Kroaten, Polen und Österreicher sich in Klubs zusammenschließen, um ihre Freizeit unter ihresgleichen zu verbringen. Wer schützt uns vor vernünftigen Ausländern? Fremde, die sich in diesem Land immer noch amüsieren können, da muß doch etwas illegales im Spiel sein.

Welche der folgenden INLÄNDERvereine bzw. -klubs hält Du für bedenklich?

- APO
- C
- ALPENVEREIN

11. „Sofortige Ausweisung und Aufenthaltverbot für ausländische Straftäter. (...) Der Anteil ausländischer Tatverdächtiger liegt in Wien bei Verbrechen bereits über 33 Prozent.“

Nach inoffiziellen Angaben liegt der Prozentsatz von Exekutivbeamten, die Ausländer bevorzugt verdächtigen, wesentlich höher. Leider werden uns hier keine Zahlen genannt, wieviele dieser Tatverdächtigungen unberechtigt sind.

Einer armen, alten österreichischen Mindestrentnerin wurde ihrer Barschaft brutal beraubt. Welcher Täter kommt aus der Sicht eines Justizwachorgans am ehesten in Betracht?

- DUNKELHAARIGER NICHT-ÖSTERREICHER
- FINANZBEAMTER
- GRÜNDER POLITIKER MIT BLAUEM SCHAL UND PFEIFE

12. „Errichtung einer Osteuropa-Stiftung zur Verbindung von Wanderungsbewegungen.“

Soviel Menschlichkeit hat uns tief bewegt!

„Die bisherige Regierungspraxis, den Staaten Osteuropas österreichische Steuergelder in Milliardenhöhe ohne begleitende Maßnahmen oder Kontrolle in den Rachen zu werfen, wird strikt abgelehnt.“

Jawoll! Was wir brauchen, ist eine hochrangig besetzte Delegation, der wir einen der brilliantesten Köpfe unserer Opposition, Herrn Dr. Jörg Haider, voranstellen wollen. Dies würde ermöglichen, Ausländer in ihrer natürlichen Umgebung zu studieren, und ihnen zu erklären, was für sie das Beste ist.

Welches der folgenden Reiseziele halten sie für angemessen?

- DIE WEITEN **S**TEPPEN SIBIRIENS
- DIE FIEBER**S**ÜMPFE VON GOARS-CHIN
- DAS BALTI**S**CHE EISMEER

Wenn Du das Rätsel gewissenhaft gelöst hast, mußt Du nur noch folgendes tun: Trage die markierten Lösungsbuchstaben der einzelnen Lösungen in die Felder mit der zur Frage gehörigen Nummer ein.

(Mit der richtigen Lösung kompletierst Du folgenden Satz.)

*Wir Österreicher  
sind schon ein sehr*

|   |   |   |   |   |   |   |    |
|---|---|---|---|---|---|---|----|
| 9 | 1 | 8 | 4 | 6 | 7 | 2 | 12 |
|---|---|---|---|---|---|---|----|

|    |   |   |    |
|----|---|---|----|
| 10 | 5 | 3 | 11 |
|----|---|---|----|

!!!

Die Lösung schickst Du uns (per Post: FS Informatik, Treitlstr. 3 1040 Wien) oder Du kommst bei der Fachschaft vorbei und präsentierst sie uns verbal

(Name schreiben wir dann auf). Unter den richtigen Einsendungen werden drei Exemplare von „Haiders Kampf“ verlost. Die Verlosung und Preisübergabe findet beim Fest, welches die FS mitveranstaltet (irgendwann im März) statt.

MitarbeiterInnen der FS-Informatik und deren Angehörige sind nicht zur Teilnahme berechtigt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen (also doch)!

*Das Fachschafts-Rätsel-Team  
(Das eigens für diese Produktion ins  
Leben gerufen wurde)*

# RECHTE PERSPEKTIVE - VON LINKS BETRACHTET

nach eingehendem studium von publikationen aus dem rechten eck und natürlich auch teilweise aus der leidigen erfahrung der direkten konfrontation mit neonazis möchte ich die wesentlichen charakteristika der rechten weltanschauung, so wie sie sich mir darstellen, hier hervorheben.

doch zuerst ein kurzer kommentar zu einer aussage, die ich in letzter zeit immer öfter zu ohren bekomme: "linke - rechte - da gibts ja eh kaum unterschiede, so wie die sich aufführen." der durchschnittsbürger denkt sich, daß die beispiele sovjetunion und drittes reich bewiesen haben, wohin das alles führt. wenn sich linke und rechte auf der straße prügeln sei wieder einmal bewiesen, daß auf beiden seiten nur radaubrüder am werk sind. auch die medien scheinen bemüht diese auffassung zu vermitteln: z.b. hieß es in der bundesdeutschen presse, daß bei der großdemonstration in berlin (vor 2-3 monaten), die unter dem (aus meiner sicht ironischem) motto "die würde des menschen ist unantastbar" veranstaltet

wurde, sowohl autonome als auch neonazis bundespräsident weizsäcker mit steinen attackierten - tatsächlich waren es nur autonome.

über die sache machen bevor ihr solchen quatsch daherredet!

nun zu meiner reflektion über die grundpfeiler der rechten scene. es macht wenig sinn unzureichendes verstehen der heutigen lage hinter verweise auf die zustände in den dreißiger jahren zu verstecken, wenn das thema faschismus behandelt wird. es ist auch unsinnig faschisten als monster oder minderbemittelte darzustellen. um aber eine relevante aussage machen zu können, muß ich die antwort auf die frage, was faschismus ausmacht, an einer bestimmten assoziation festmachen. die offensichtliche tatsache ist, daß vor allem eine unglaubliche überbewertung von sogenannten männlichen prinzipien zu faschistoiden formen der politik führen. aus einer art patriarchalem supergau kann derartiges "gedankengut" entstehen. es geht darum, macht zu gewinnen und anderen leuten seine eigene weltanschauung aufzuzwingen. alle spezifisch rechten eigenschaften sind in diesem sinne männlich.

der begriff der familie wird mit einem traditionellem bild von hausfrau/mutter



ich kann dazu nur sagen: BULLSHIT!! leute, ihr solltet euch mehr gedanken



ter mit vielen kindern plus berufstätigen mann gefüllt. die frau wird à la adams rippe über den richtigen mann, dem sie dienen darf, definiert.

**„Stärke, Widerstandskraft, Energie, Streitsamkeit, der Jagdinstinkt, der Drang zum Erobern und Beherrschen sind männliche Charakteristiken, im Gegensatz zu solch weiblichen Instinkten wie Unterwürfigkeit, Passivität, Verständnis, Zärtlichkeit und Intuition.“**

**„Daraus folgt, daß der Mann, in welchem Maße er auch immer überlegen ist, die Frau niemals ihrer natürlichen Kraft beraubt, solange sie ihre Rolle als Frau versteht.“** - zwei zitate aus Spearhead, einer publikation der britischen NF(Nationale Front).

frauen kommt eigentlich nur die rolle des brutkastens zu. um eine richtige frau zu sein, muß diese vielen sprößlingen das leben schenken. dem staat ist also mit dingen wie abtreibung oder empfängnisverhütung keineswegs gedient; die frau hat keine wahl.

aus dem monotonen tätigkeitsbereich der frau folgt eine relative vielfalt an aufgaben für den mann. männer müssen soldat spielen: **„Es sollte eine feste Anzahl an Stunden in der Woche geben, in denen der junge Knabe mit dem Militärischen in Erfahrung kommt.“** - wieder von der britischen NF.

interessant ist der häufige verweis auf die natur des menschen. die quelle für ihr handeln und für die weise, in der sie ihre umwelt gestalten wollen, soll sich direkt aus den menschlichen instinkten ableiten. namhafte verhaltensforscher und der gute alte darwin verankern diese erkenntnis angeblich auch in der welt der wissenschaften (die wird aber eigentlich

von der jüdischen weltverschwörung sabotiert):

**„Die Politiker haben sicher nicht das Recht, eine multikulturelle Gesellschaft zu verordnen, sie verstoßen damit gegen das ihnen übertragene Mandat, die Interessen ihres Volkes wahrzunehmen.“** - eibl-eibesfeld-zitat aus der wunderbaren Österreich Zuerst broschüre.

der mensch soll nicht dafür veranlagt sein, in einer vielfältigen umwelt zu leben. nationalsozialisten beteuern immer auch, daß sie nichts gegen schwarze hätten, die könnten ebenso wie sie mit ihnen, in ihren ländern mit weißen umspringen - der stärkste überlebt. alles wird möglichst einfach gehalten. das macht die ideologie natürlich leicht konsumierbar. der reiz des reinen, unkomplizierten gedankens zieht menschen aller schichten an. die reine natur verlangt natürlich auch reine menschen. genetisch wie politisch muß das utopia der rechten werte klinischer reinheit erzielen, die selbst das innere von halbleiter-fabriken dreckig anmuten lassen. so müssen auch die beweggründe des handelns nicht hinterfragt werden, die natur sorgt für die auslese guter und schlechter dinge.

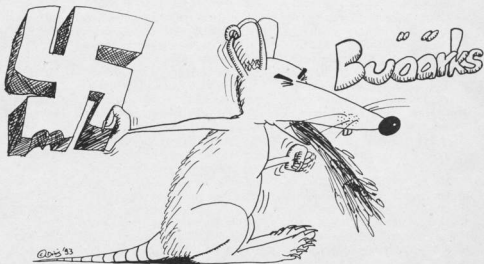
schließlich möchte ich noch den original-text aus einem telephon-tonbanddienst der White Aryan Resistance (WAR) aus den USA wiedergeben (rückschlüsse auf den geisteszustand der verfasser sind erwünscht!).

**„Almost any abortion doctors are Jews. Abortion makes money for Jews. Almost all abortion nurses are lesbians. Abortion gives thrills to lesbians. Abortion in Orange County is promoted by the corrupt Jewish organization called Planned Parenthood. The name, alone, proves their corruption because they don't plan parents they plot the murder of innocent white children. That organization gets money from the State of California and corrupt pay-offs from the lesbian abortion clinics. Their administrators pay themselves high salaries and at the end of the day they take the fetuses, some of whom are still struggling for a breath of live, and throw them in the garbage where cats can eat them. They can't stop now because when abortion is declared to be murder they would be hung by piano wires for the holocaust of twenty million white children.**

**Jews would do anything for money including the rape of innocent children followed by the ripping and tearing of the living child from the young mother's womb, while it is still forming. Jews must be punished for this holocaust and murder of white children along with their perverted lesbian nurses who enjoy their jobs too much.**

**You have reached WAR... White Aryan Resistance!"**

Joe



# DER GRÜNE PUNKT

*Seit Monaten ist auf immer mehr Einwegverpackungen ein Kreis mit zwei ineinander zeigenden Pfeilen zu entdecken. Dieses Zeichen, oft in grün gehalten, heißt der "Grüne Punkt" und steht für das "Duale System Deutschland", eine zweite private Müllabfuhr, neben der gemeinwirtschaftlichen.*

Angefangen hat alles mit der Forderung, Verpackungsmaterialien im Geschäft zurücklassen zu dürfen. Die Idee hinter dieser Forderung ist, Druck auf die Konsummärkte auszuüben, sodaß diese im Einkauf Produkte bevorzugen, die nur spärlich verpackt sind. Der Einzelhandel soll also als Regulativ wirken, damit die Produzenten endlich den Verpackungswahnsinn beenden. Denn die Beseitigung von unnötigem Verpackungsmaterial ist ein wichtiger Schritt dem Müllnotstand beizukommen.

Das deutsche Hausrecht aber gibt dem Geschäftsinhaber die Möglichkeit, genau das zu verbieten. Als der deutsche Bundesumweltminister Töpfer sich dieser Forderung anzunehmen schien und ein dementsprechendes Gesetz in Aussicht stellte, traten sofort Industrie und Handel auf den Plan. Sie fürchteten um ihre Werbeflächen. Denn, so sagen Handel und Produzenten unisono, man brauche auf jedem Produkt genügend Platz, um es von den Konkurrenzprodukten abgrenzen zu können. Dabei wissen wir, daß gerade die Konsumgüterindustrie rein oligopolistisch strukturiert ist. Sie kann also ihre Wettbewerbsbedingungen selber festlegen und steuern. Meist aber ziehen ohnehin alle Produzenten an einem Strang, nämlich dem Konsumenten veraltete Produkte noch um gutes Geld anzudrehen. Der Handel wiederum versucht schon seit eh und je Mehrwegsysteme zu verdrängen. Und daher ist er nicht willens, auch noch die Einwegverpackungen wieder zum Produzenten zurückzubringen.

Als Kompromiß schlugen Handel und Industrie das "Duale System vor". Eine Klappe, die viele Fliegen auf einmal erschlägt: Weiterhin können tolle Verpackungen produziert werden, der Handel wird nicht mit dem

Rücktransport belastet, und der Konsument braucht die gekennzeichneten Verpackungen nur in eine eigene Abfalltonne, die "Werttonne" werfen. Alle vier Wochen wird diese dann entleert, und der Inhalt in Verwertungsanlagen entsorgt. So landen die Verpackungen doch nicht auf den Müllhalden. Die Kosten der zweiten deutschen Müllabfuhr wollen die Produzenten tragen.

Alles in allem wirkt das "Duale System" sehr beruhigend. Es scheint eine technische Möglichkeit zu geben, den Müll doch noch in den Griff zu bekommen. Nachdem Gemeinden und Länder versagt haben, tritt nun die Industrie auf den Plan. Privatwirtschaftlich, so wird immer wieder argumentiert, geht alles viel effizienter und daher billiger.

"Dual" - dieser Begriff bezeichnet die zukünftige Zerteilung der Entsorgung der privaten Haushalte: Auf der einen Seite gibt es die Müllabfuhr wie bisher, parallel dazu entsteht als zweite Schiene ein System, das die Wiederverwertung von Einwegverpackungen zum Ziel hat: Kunststoff, Weißblech, Aluminium, Folien, bestimmte Verbundverpackungen - alles was mit dem grünen Punkt gekennzeichnet ist geht über die Gelbe Tonne in den Verwertungsprozeß. Mensch könnte nun meinen, die Industrie könne zaubern. Wie werden aus den ungetrennt in die Gelbe Tonne geworfenen "Wertstoffen" reine Industrierohstoffe? Geschieht das wie im Rinterzelt? Kann wirklich alles wieder recyclet werden, oder entstehen nur minderwertige Rohstoffe? Ist Wiederverwertung wirklich billiger als Vermeidung?

Letztes Jahr wurde die Verpackungsordnung beschlossen, sie tritt schrittweise in Kraft. Seit 1. Dezember 1991 dürfen Transportverpackungen (Kar-

tons und Styroporsteile) im Geschäft gelassen werden oder dem Zusteller wieder mitgegeben werden.

Seit 1. April 1992 dürfen auch sogenannte Umverpackungen im Geschäft zurückgelassen werden. Umverpackungen sind zum Beispiel Kartons um Zahnpasten oder Dosen und Bliesterpackungen, das sind Kartons, die mit einer Folie der Verkaufsgegenstand geschweißt ist.

Ab 1. Januar 1993 können auch die Verkaufsverpackungen im Geschäft abgeben werden. Doch nur dann, wenn auf der Verpackung kein Grüner Punkt steht, oder es in diesem Gebiet noch keine Gelben Tonnen gibt. In diesem Fall werden alle Getränkeverpackungen pfandpflichtig, also auch die Verbundkartons, und zwar in der Höhe von 50 Pfennig. Damit das aber nicht passiert, damit die nach Einschätzung der Industrie so viel gefragten Einwegverpackungen nicht verschwinden müssen, hat Bundesumweltminister Töpfer mit der Industrie folgende Rücknahme- und Verwertungsquoten vereinbart:

Ab 1. Januar 1993 sollen von den Verkaufsverpackungen aus Glas 42%, aus Weißblech 26%, aus Aluminium und Papier jeweils 18 %, aus Kunststoff 9% und aus Verbundstoff 6% der Verwertung zugeführt werden.

Ab 1. Juli 1995 gelten dann folgende Quoten: für Glas, Weißblech und Aluminium 72%, für Pappe, Kunststoff und Verbundstoffe 64%.

Diese Quoten sind meist geringer als die auf freiwilliger Basis erzielten, wie bei Altpapier, Glas und Weißblech. Organisiert wird die Verwertung bundesweit von der "Dualen System

Deutschland (DSD) Ges.m.b.H." Sie vergibt den gesetzlich geschützten Grünen Punkt im Rahmen eines Zeichennutzungsvertrags für Einwegverpackungen. Dafür hat der Vertragspartner nach Verpackungsgröße bis zu 20 Pfennig pro Verpackung zu zahlen.

Im Endeffekt hat die DSD Ges.m.b.H. bis Mitte 1995 Zeit Verwertungsanlagen zu bauen, von denen 200 benötigt werden, derzeit aber nur 40 existieren. Wer etwas Ahnung von Lagerkosten und Preiskalkulation hat, ahnt, daß alle "Werststoffe", für die es noch keine Anlagen gibt, weiterhin auf der Halde landen werden, und daß die Zeichennutzungskosten, da für alle Konkurrenten gleich, auf die Konsumenten abgewälzt werden. Also zahlen die Konsumenten viel Geld dafür, daß Einwegverpackungen vermehrt produziert und wie bisher "entsorgt" werden.

Jeder Mensch, der nun vor so einer gelben Werttonne steht, wird sich wundern, warum er für die kommunalen Tonnen Altpapier, Weiß-, Buntglas und Metalle trennt, wenn er doch alle Punktverpackungen, egal ob Papier, ob Glas oder PVC in eine einzige Tonne werfen darf. Was kann die DSD, was die städtische Müllabfuhr nicht kann? Wie macht sie das, daß aus ineinander gestopften Alufolien, Papier, Tetrapacks und Blisterpackungen hochwertige Rohstoffe gewinnt? Es gibt kein Anzeichen dafür, daß die DSD über Techniken verfügt, die eine preiswerte Trennung ermöglichen. Die zu bauenden Anlagen aber müssen lange Genehmigungsverfahren durchlaufen, denn ihre Emissionen sind meist genehmigungspflichtig. Die Sortierquoten werden also in den nächsten Jahren dementsprechend gering sein, und nicht die ausgemachten 30-70% erreichen. Also bleibt viel Verpackungsmaterial für die Müllverbrennung über. Mensch erinnert sich an das Rintenzelt, wie dort die Lösung des Müllproblems durch Trennung versprochen wurde. Heute stehen Dutzende Arbeiter dort und sortieren manuell einen verschwindend kleinen Teil des Wiener Mülls. Gerade Plastikhüllen und Verbundpackungen sind die Problem-packungen Nummer eins. Es sind derzeit nur einzelne Recyclinganlagen

vorhanden, die aber minderwertige Materialien erzeugen, also eigentlich Decyceln. Die DSD gibt zu, daß ein Großteil des Plastikmülls vermutlich weiterhin verbrannt werden muß.

## *In Wirklichkeit steht der Punkt für einen Teufelskreis*

Am 10 Januar 1992 kündigte die Bürgeraktion "Das bessere Müllkonzept" in Bonn eine Strafanzeige gegen die DSD Ges.m.b.H. an. Das Logo "Grüner Punkt" täusche den Verbraucher über die Wiederverwendbarkeit bzw. Verwertbarkeit so gekennzeichneten Verpackungen. Der Grüne Punkt werde nicht nach ökologischen Gesichtspunkten vergeben, sondern schlicht aufgrund einer Lizenzzahlung an die DSD GesmbH. Deshalb erhielten auch umweltgefährdende Verpackungen aus PVC den Grünen Punkt. Die Umwelt- und Verbraucherverbände forderten auf einer Pressekonferenz Mitte März in Düsseldorf das Zurückziehen des Signets für Kunststoff- und Verbundverpackungen, und die Einstellung der Bewerbung des Grünen Punktes mit Umweltargumenten. Weiters soll neben dem Grünen Punkt geschrieben stehen, aus welchem Material diese ist. Ganz allgemein sind verstärkt Mehrwegsysteme einzuführen. Der Verbraucherschutzverein Berlin hat schon erste rechtliche Schritte gegen die DSD GesmbH eingeleitet, weil sie die gesetzlich vorgeschriebenen Quoten nicht einhalten kann. Dahinter steht aber ebenfalls das Verlangen, dem Einwegverpackungswahnsinn ein Ende zu bereiten, und nicht die DSD zu verbessern.

Zu betonen ist, daß die gesammelten Verpackungen nicht recyclet werden müssen, sondern auch decyclet werden dürfen. Soll heißen, aus Zahnpastatuben werden nicht wieder Zahnpastatuben sondern minderwertige Produkte und Zwischenprodukte. Also Entwertung statt Wiederverwendung.

Mit dem Grünen Punkt sollen Einwegflaschen, Tetrapacks, Dosen und PVC-beschichtete Abfälle von den städtischen Mülldeponien ferngehalten werden, die dort weil unverrottbar und zum teil giftig zum Problem geworden sind. Der Grüne Punkt markiert also genau die Verpackungen, die nur sehr schwer zu entsorgen sind. Doch die Konsumgüterindustrie macht den Menschen mit dem Namen "Grüner Punkt" und den ineinander zeigenden Pfeilen ein gutes Gewissen. In Wirklichkeit steht der Punkt für einen Teufelskreis. Die Produzenten können weiterhin mit ihren umweltschädlichen Verpackungen Gewinne erzielen. Dazu tritt noch die DSD GesmbH auf, die für die Entsorgung Subunternehmer beschäftigt. Sie ist natürlich an einem hohen Umsatz interessiert, also an steigenden Entsorgungsmengen. Als Drittes tritt der Handel auf, der daran interessiert ist, daß der von ihm verkaufte Müll nicht wieder zurückgenommen werden muß. Mehr Einwegverpackungen ist das Ergebnis all dieser Einzelinteressen, die dann doch ganz gut miteinander harmonisieren, nur eben nicht mit dem Ziel der Müllvermeidung.

Das geht soweit, daß die Industrieverbände einzelnen Unternehmen mit dem Ausschluss aus dem Vertrieb drohen, will sie den Grünen Punkt nicht. Also beginnen Brauereien wieder, Bier in Dosen abzufüllen, obwohl sie das vor Jahren aus Umweltgründen einstellten.

Was zur Behebung des Müllnotstandes wirklich erforderlich ist, ist ein Mehrweggebot für alle Verpackungen, die mehrwegfähig sind. Pfandpflicht, damit der Händler auch die Einwegverpackungen wieder zurückbekommt. Diese sind dann auf seine Kosten zu verwerten. Die Verpackungsmaterialien müssen kenntlich gemacht werden. Nach deren Rohstoff- und Energieverbrauch soll sich auch eine Verpackungsabgabe richten.

Die umweltschonendste Verpackung, die Pfandflasche, wird nicht mit dem Grünen Punkt gekennzeichnet. Das kann wirklich nur bestätigen, was schon die Spatzen von den Dächern pfeifen: Der Grüne Punkt ist ein riesiger Öko-Schwindel.

# Warnung!

## Die Med-Card kann ihre Gesundheit gefährden

*Vom elektronischen Ausweis mit Krankengeschichte*

*können sich viele etwas versprechen.*

*Nur nicht die Patienten.*

Die Med-Card speichert Ihre persönliche Krankengeschichte in digitaler Form wie auf einer Computerdiskette. Sie ist genauso groß, wie die Clubkarte Ihres Fitneßstudios und funktioniert im Prinzip genauso wie Ihre Bankomatkarte. Sie paßt einfach in Ihre Brieftasche.

### 1) Die Erwartungen

Auf den ersten Blick äußerst vorteilhaft:

*„Blutgruppe, Unverträglichkeit von Medikamenten, frühere Krankheiten, aufwendig ermittelte diagnostische Daten, alles auf einer kleinen Plastikkarte und für jeden Arzt für jeden Rettungswagen im Ernstfall sofort auf dem Lesegerät abrufbar.“*

So visionieren die Promotoren dieser Technik. – In der Tat, die Med-Card wird einige Vorteile bringen. Die Ärzte versprechen sich Zeitersparnis etwa bei der Erstdiagnose, die Krankenkassen versprechen sich Kostensenkung wegen der Möglichkeit einer effizienteren Kontrolle. Die Hersteller erwarten hohe Umsätze wegen des breiten Nutzerkreises und den Gesundheitspolitikern dient die Med-Card als Innovations- und Aktivitätslibi.

Den Patienten bringt die neue Technik nachweisbar gar nichts. Vielmehr lädt die Med-Card zu mehreren Arten des Mißbrauches zu Lasten des Karteninhabers ein.

Die Beamten des Gesundheitsministeriums ließen letztes Jahr prüfen: Das österreichische Institut für Gesundheitswesen und die Akademie der Wissenschaften verfaßten eine Studie über die Einführung der Med-Card in der Konzeption eines elektronischen

lesbaren Ausweises, mit dem jeder seine persönlichen Gesundheitsdaten immer mit sich tragen kann. Die Ergebnisse wurden nie dem breiten Publikum präsentiert; vielleicht waren die Autoren zu realistisch und damit zu kritisch.

Ärztammerpräsident Neumann sorgte schon vor mehr als einem Jahr für den öffentlichen Auftakt. In einer Pressekonferenz berichtet er euphorisch über die immensen Vorzüge der neuen Technik etwa bei einem Notfall oder beim Austausch von Diagnose- und Therapiedaten zwischen den Ärzten.

Wir halten solche Visionen schlicht für blauäugig. Als Techniker ist uns viel offener, welche massiv negativen Konsequenzen ein maschinenlesbarer Gesundheitsausweis haben wird.

### 2) Die Technologie

Hardware: Es gibt prinzipiell verschiedene Möglichkeiten die Speicherung von Daten auf einer Plastikkarte zu bewerkstelligen. Die Einfachste findet man etwa auf einer Bankomatkarte in der Form eines magnetisierbaren Streifens vor. Für die österreichische Med-Card ist die Technik mit einem integrierten Speicherchip in Diskussion, auf dem etwa 64 Kbyte, das entspricht dem Text von 30 Maschinschreibseiten Krankengeschichte gespeichert werden können. Dieser Chip enthält neben seiner Speicherfunktion auch einen Prozessor, der den Zugriff auf diese Daten regeln (und auch schützen) soll. Prinzipiell läßt sich die Anwendung dieser Karte jederzeit auf weitere Bereiche als der bloßen Datenhaltung erweitern, etwa auf den Zahlungsverkehr zwischen Patienten, Ärzten und Kassen.

Software: Der Datenbestand auf der Karte ist gegliedert:

- Stammdaten (Versicherung, Versicherungsnummer, Name, Adresse, Hausarzt, ...)
- Notfalldaten (Blutgruppe, Allergien, Impfungen, ...)
- Anamnese (Kinderkrankheiten, Diagnosen, Operationen, KHI-Aufenthalte, ...)
- Therapiedaten (Dauertherapien, laufende Medikamenteneinnahme, behandelnder Arzt, ...)
- Vorsorgedaten (Impfungen, allgemeine und berufliche Risikofaktoren, ...)

Um Datenschutz und Datensicherheit zu gewährleisten, ist geplant den Datenzugriff in zwei Schritten zu regeln: Jeder Arzt muß sich durch eine geeignete Arztkarte dem Lesegerät gegenüber identifizieren und kann dadurch auf Stamm- und Notfalldaten des Patienten zugreifen. Darüber hinaus verfügt der Patient über einen Geheimcode, der den Zugriff auf alle anderen Daten sperrt. Der Arzt könnte diese Daten theoretisch daher nur dann lesen, wenn der Patient ihm seinen Geheimcode mitteilt.

### 3) Die Risiken

Die Betreiber der neuen Technologie und manche Medien neigten bisher dazu, die Med-Card als medizinischen Fortschritt zu bejubeln. Potentielle Gefahren scheinen jedoch evident: So könnten Arbeitgeber vor der Anstellung des Stellenbewerbers dessen Med-Card befragen und herausfinden, ob der/die Betreffende vielleicht ein Risikofall ist. *„Nehmen wir lieber den,*

der ist nicht Diabetiker". Erhöhte Leberwerte könnten Aufschluß liefern über die Trinkgewohnheiten eines Bewerbers. Man kann in der Frage der allgemeinen Risiken sogar soweit gehen, sich zu überlegen was passiert, wenn es etwa die politische Wetterlage opportun erscheinen ließe, keine Aids-Infizierten mehr ins Land zu lassen. Die Lesegeräte für die Med-Card stünden dann sicherlich an den Grenzen.

Es ist gar nicht notwendig soweit auszuholen. Der Hauseigentümer, der sich seine neuen Mieter genau anschauen will, der Filialleiter einer Lebensmittelkette, der eine neue Kassiererin sucht, überall, wo das Angebot knapp ist, bietet sich die Med-Card selbstverständlich nur auf „absolut freiwilliger“ Basis – als naheliegendes Selektionsinstrument an. Besonders delikat wird die Sache, nachdem das neue Psychotherapiegesetz die Behandlung auf Krankenschein ermöglicht. Sollten die Daten auf der Med-Card eingetragen werden, sollte man jedem Patienten gleich raten, das Finanzielle gleich besser wie früher ohne Krankenkassenunterstützung zu erledigen.

Wirklicher Datenschutz ist praktisch kaum zu realisieren, weil ein viel zu breiter Nutzerkreis Zugriff auf Karten-

daten haben muß, damit ihr Einsatz überhaupt sinnvoll ist: *Je mehr Nutzer, desto eher ist die Med-Card reibungslos fertigbar, desto unwahrscheinlicher ist aber die Wahrung der persönlichen Datenschutzrechte.* Der übliche Schluß in der Praxis: *Das Datenschutzgesetz darf nicht zu genau gehandhabt werden, sonst kann die neue Karte nicht sinnvoll eingesetzt werden.* Technik schlägt persönliche Rechte. Jedenfalls müßte eine Art zentrales Gesundheitsregister eingerichtet werden, um bei etwaigem Verlust die Karte wieder instandsetzen zu können. Wer dieses Register, wie verwaltet soll, das ist eine politisch brisante Frage für sich allein.

Die Med-Card wird – so hat es auch Dr. Neumann angedeutet – früher oder später zur Abrechnung verwendet werden und kann als generelles Zahlungsmedium (wie eine Bankomatkarte) verwendet werden. Damit könnten aber sensibelste Daten eines Menschen nicht nur dem Gesundheitsbereich zugänglich werden, sondern auch dem Finanz- und Kreditbereich. Jedenfalls müßte man jedem mündigen Bürger und jeder mündigen Bürgerin in diesem Fall davon abraten, Krebs oder Aids offiziell behandeln zu lassen oder gar eine Abtreibung mit Med-Card-Eintrag durchführen zu lassen.

#### 4) Alternative

Die Einführung einer Med-Card für jeden Österreicher, jede Österreicherin ist unnütz, teuer. Die Konsequenzen im Alltag sind unüberschaubar. Für die sogenannten Risikogruppen wäre es allerdings sinnvoll eine standardisierte Notfallskarte einzuführen. Diese kann auf freiwilliger Basis von jedem getragen werden, der sich davon persönlich eine Mindermng seiner Gefährdung erwartet.

Die strukturellen Schwierigkeiten des österreichischen Gesundheitsgesetzes anzupacken, wird sicherlich eine lohnende Aufgabe für den neuen dynamischen Gesundheitsminister sein. Es wäre schön, wenn er diese Einführung von fragwürdigem technischen Schnick-Schnack, dessen allgemeiner Nutzen keineswegs evident und dessen Mißbrauch beinahe systemimmanent ist, als Fehlentwicklung identifiziert.

Für die Engagierten Computer-Expertinnen: Othmar Brigar, Edeltraud Egger, Thomas Grechenig, Kurt Fuchs.

Presseaussendung der Engagierten Computer-Expertinnen (Postfach 168, 1015 Wien)

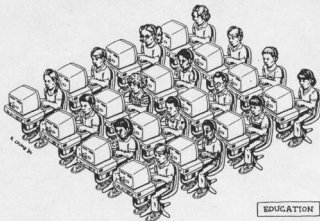
## Lehrveranstaltungskritik zu EPROG im WS 1992/93

Leider muß ich den Weg über dieses Blatt Papier wählen, um Kritik zu äußern, da sich die Tutoren in fast allen Fällen als unzuständig erklärten, und andere "Verantwortliche" (???) mir mitteilten, daß ich froh zu sein habe, daß die Übung so läuft, wie sie eben läuft. Weiters erklärten Programmierer und Systemverwalter, daß sie sehr stolz auf ihre Programme und ihr System wären, und daß doch im großen und ganzen alles prächtig funktioniere. Diese Meinung der zuständigen Herren - falls sich überhaupt irgendwer als zuständig

erklären sollte - kann ich leider nicht teilen, obwohl die in diesem Konzept enthaltenen Ideen durchaus gut und erfrischend praxisnah sind - zu praxisnah, wie sich herausstellen sollte.

1. Die Abgabe und Bewertung der Beispiele am Rechner mag zwar zeitsparend sein, aber das nur wenn sie perfekt funktioniert. Man traute jedoch offenbar selbst dem System nicht, und hielt sich ein "Hintertür" offen: das letzte (5.) Beispiel. Das sollten die Tutoren abnehmen, und sowohl Grund- als auch Zusatzpunkte

vergeben - sollte was schief gelaufen sein, kann man ja noch korrigierend eingreifen. Eine ausgezeichnete Idee; ich als höherseemestriger Informatiker und Techniker kann solche Kontrollen und Korrekturen durch den Menschen nur gut heißen, um maschinelle Bewertungen - wenn sie nun schon einmal nötig sind - etwas menschlicher und humaner zu gestalten, und um auf Eigenheiten des einzelnen Menschen, die bei maschineller Bewertung untergehen, Rücksicht zu nehmen. Nun folgt jedoch Punkt



EDUCATION

2. Der praktische Ablauf der Laborübung: der Übungsbetrieb versank im Chaos. Wie man im Laufe eines Informatikstudiums - das eigentlich alle "Verantwortlichen" absolviert haben sollten - oft genug hört, folgt auf die Implementierungsphase die Testphase eines Programmes, und danach eine weitere Korrektur und wiederum danach die Auslieferung, der Verkauf etc. Das ganze zum Übungsbetrieb nötige System inklusive aller Programme ging in die Testphase am 19.10.1992 - am Tag des Übungsbeginns. Das Serviceprogramm testete andere Sachen, als in den Spezifikationen der Beispiele verlangt wurde, der Rechnerbetrieb brach vollständig zusammen, als mehrere Leute ihre Programme abgeben wollten (wie können sie nur?), Beispiele wurden falsch bewertet, bei den Abgaben fand der Rechner irgendwelche Files nicht, die es unbedingt benötigt (es wurde nie erklärt, wo welche Files zu stehen haben), es wurden unvollständige Beispiele ausgeliefert, angekündigte DOC-Files gab es erst nach duzenden Urganzen. Wie überall anders auch traf es hauptsächlich die Kleinsten in der Hierarchie: die Tutoren, die von allen gelöchert wurden, warum dies und jenes nicht funktioniert, oder zuwenig oder gar keine Punkte vergeben wurden. Sie stellten sich als ziemlich hilflos heraus, und das Einzige, was sie taten, war anklagend zur Tür der bösen Techniker und anderer "Verantwortlicher" zu zeigen. Somit ist die Zeit, die zur "eigentlichen

Betreuung" (Zit. Skriptum) zur Verfügung stehen hätte sollen, erst wieder für ausschließlich organisatorische Dinge draufgegangen.

3. Die Benotung: Ich habe oben schon erklärt, daß ich mit dem System einverstanden bin, jedoch unter der Voraussetzung, daß alles perfekt funktioniert. So aber muß ich einige Fragen stellen:

- Wer garantiert mir, daß der Student, der mein Beispiel erhält, die Übung beendet, und überhaupt irgend etwas abgibt?

- Wie erfolgt die Vergabe der Grundpunkte? Es soll ja nicht nur auf Korrektheit geachtet werden, sondern es sollen ja auch die Programmierrichtlinien beachtet werden (Anhang F im Skriptum)? Was überprüft der Rechner wirklich?

- Was passiert, wenn ein Programm korrekt ist, der Student, der es verwendet aber ein falsches abgibt? Laut Skriptum bekommt man nur Zusatzpunkte, wenn das Programm in einem korrekten Programm verwendet wird.

- Das Punkteschema basiert auf fünf Beispielen mit fünf Möglichkeiten, Zusatzpunkte zu bekommen; jetzt gibt's aber nur vier Beispiele - wie komme ich zu den Zusatzpunkten des fünften Beispiels? Das mit fünf Grundpunkten mehr für das dritte und vierte Beispiel ist eine faule Sache. Es wird dem Studenten eine Möglichkeit genommen, Zusatzpunkte zu erwirtschaften; noch dazu bekommt man - laut Skriptum - für

das vierte Beispiel nur ein Drittel der Zusatzpunkte, da es an dreimal soviel Studenten vergeben wird.

- Das letzte Beispiel soll vom Tutor abgenommen werden (oben erwähntes "Hintertür") und von diesem Zusatzpunkte vergeben werden für Modularisierung und Übersichtlichkeit: das vierte Beispiel - de facto das Letzte - wird aber am Rechner abgegeben; wer gibt mir die dringend benötigten Zusatzpunkte?

Information tut not !!!

Konklusion:

Im Grunde eine gelungene Modernisierung dieser Lehrveranstaltung (wenn ich mich an die EPRAG-übungen bei Prof. Brockhaus erinnere ...), in der Ausführung jedoch katastrophal. Wie bei allen öffentlichen Institutionen und Einrichtungen schaut man einmal mit allen Tricks Geld zu bekommen, und dann überlegt man, was damit zu tun ist. In letzter Sekunde wird dann hektisch ein an sich gutes Konzept realisiert, und damit ist die Sache schon zum Scheitern verurteilt. Dann benutzt man halt die Studenten als Testpersonen - die machen ja eh wie die Lemminge alles mit. Die LEHRveranstaltung (Nomen est omen) war nur insofern sehr lehrreich, als man die Machtlosigkeit des Benutzers von Rechnersystemen, das Gefühl der Hilflosigkeit und des Ausgeliefertseins an eine Maschine hautnah erleben konnte - ein Meinungsbildungsprozeß, der in einer Zeit der zunehmenden Überwachung durch Staat, Arbeitgeber und Versicherungen, der sozialen Kontrolle und des globalen Datenaustausches (ISDN) sehr, sehr nützlich ist.

Herzliche Informatikergrüße

(Name des Verfassers der Redaktion bekannt)

P.S.: Ich gehöre weder einer Partei, noch einer Studentenvereinigung, noch einer Gewerkschaft noch sonst irgendwem an.

**IN TIEFER TRAUER GEBEN WIR**  
**DAS HINSCHIEDEN DER**  
**TOLERANZ**  
**MIT BEGINN**  
**DES FPÖ-VOLKSBEGEHRENS BEKANNT**



Toleranz war uns eine treue Gefährtin, gemeinsam bewältigten wir viele Hürden des Lebens. Möge sie uns noch lange in guter Erinnerung bleiben.

Als letzte Geste für die Dahingeschiedene laden wir zu einem Trauerzug mit Sarg von der TU Wien zum Stephansplatz. Anschließend findet ein Leichenschmaus im TU-Klub (Paniglg. 1, 1040 Wien) statt.

Die Trauergemeinde versammelt sich zum Geleit des letzten Weges

**am 27.1.1993 um 10.00**

unter der Eule der TU (Wiedner Hauptstr. 6)

**Um angemessene Kleidung und zahlreiche Teilnahme wird gebeten.**

**Die Hinterbliebenen**



**“Schulnoten waren sein Alptraum. Musiknoten gehören zu seinem Berufstraum. Apropos – Banknoten braucht man da auch. Für ein unbeschwertes Studium. Und vieles wird möglich.”**

Egal, ob für Ihre Kinder oder Sie selbst: Sprechen Sie über die Vorteile von Studentenservice, Studentenkonto und -kredit mit Ihrem Kundenberater bei der Z-Länderbank Bank Austria AG.

**Bank Austria**  
Z-Länderbank Bank Austria AG